



Juan Manuel Núñez Méndez/Unsplash

HANDEL ÜBER DEMOKRATIE

Wie internationale Freihandelsabkommen der chilenischen Bevölkerung ihr Selbstbestimmungsrecht absprechen

Proteste gegen Freihandelsabkommen sind zugegebenermaßen nichts Neues. Erstaunlich ist hingegen, dass dem aktuellen Prozess rund um die Erneuerung des EU-Chile-Assoziationsabkommens bisher kaum Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Dabei birgt die Erneuerung des Abkommens bedeutende Gefahren für den aktuellen Verfassungsprozess und die Ansprüche des chilenischen Volkes, mehr Autonomie zu gewinnen.

Seit im Oktober 2019 Tausende von ChilenInnen auf die Straße gingen, um für mehr soziale Gerechtigkeit, etwa den allgemeinen Zugang zu Bildung, ein gerechtes Rentensystem und Gesundheitsversorgung für alle zu protestieren, entwickelte sich im lateinamerikanischen Mekka des Neoliberalismus eine Art sozialer Revolution.

Schnell formulierte sich die Forderung nach einer neuen Verfassung. Die momentan gültige, in den 1980er-Jahren während der Diktatur Augusto Pinochets verabschiedete Verfassung Chiles ist ein Meisterstück des Neoliberalismus und die Grundlage für die Privatisierung aller relevanten gesellschaftlichen Bereiche wie der Gesundheitsversorgung, Bildung, Infrastruktur, des Finanzsystems sowie der öffentlichen Grundversorgung und unter anderem auch der Ressource Wasser.

Die große Mehrheit der chilenischen Bevölkerung will mit einer neuen Verfassung die gesellschaftlichen Verhältnisse in Chile neu justieren, in einem Land, das zwar oft als Vorzeigebispiel für wirtschaftlichen Aufschwung genannt wird, in welchem jedoch weiterhin extreme soziale Ungleichheit herrscht. Wirtschaftswachstum bedeutet eben keinen allgemeinen Wohlstand: 1 % der ChilenInnen besitzt laut Zahlen aus dem Jahr 2017 etwa ein Drittel des Reichtums des Landes.¹

Auf einen Monat der Proteste folgte am 15. November 2019 ein sogenannter Friedensvertrag, der die Aufstände beruhigen sollte und eine Volksabstimmung über eine neue Verfassung versprach. Das Plebiszit, das aufgrund der Corona-Pandemie von April auf Oktober 2020 verlegt wurde, ließ die Bevölkerung über eine neue Verfassung sowie über den Weg dorthin entscheiden. Am 26. Oktober 2020 sprach sich eine gewaltige Mehrheit von über 78 % für eine neue Verfassung aus und entschied, diese über den Weg einer verfassungsgebenden Versammlung und nicht über das Parlament zu formulieren. Am 15. und 16. Mai 2021 wählte die chilenische Bevölkerung die Mitglieder dieser verfassungsgebenden Versammlung, welche sich in den kommenden Monaten mit der Ausarbeitung eines Verfassungstextes beschäftigen wird. Junge und unabhängige KandidatInnen stellen den Großteil der gewählten VolksvertreterInnen. Der Prozess hin zu einer neuen chilenischen Verfassung und zu einer gerechteren Gesellschaft ist also in vollem Gange.

Hintertüren für die Weltwirtschaft

Am 24. Dezember 2019, nur einen Monat nach Abschluss des sogenannten Friedensvertrags zwischen der chilenischen Regierung und der Protestbewegung, hatte das chilenische Parlament jedoch einige entscheidende Veränderungen am aktuell noch gültigen Verfassungstext vorgenommen: Unter anderem legt der Artikel 135 fest, dass bereits bestehende und ratifizierte Freihandelsverträge von einer neuen Verfassung respektiert werden müssen.

Im Moment sind 26 Freihandelsabkommen in Chile in Kraft, unter anderem ein Assoziationsabkommen mit der Europäischen Union. Dieses sogenannte EU-Chile-Assoziationsabkommen, das „eine politische und wirtschaftliche Assoziation zwischen der EU und Chile [...] für die Bereiche Handel, Finanzen, Wissenschaft, Technologie, Soziales und Kultur“² begründet, trat 2003 vorläufig, und 2005 vollstän-

dig in Kraft. Seit November 2017 befindet sich der Handelsteil des Abkommens in einem Modernisierungsprozess, der auf neuere Entwicklungen eingehen und aktuellen Gegebenheiten Rechnung tragen soll.

Das Abkommen mit der EU als dem größten ausländischen Investor in Chile hat durch die stark privatisierte chilenische Wirtschaft und die großen Anteile europäischer Unternehmen an verschiedenen Wirtschaftszweigen eine enorme Bedeutung. Trotzdem findet eine öffentliche Debatte über die Verhandlungen kaum statt, Transparenz und zivilgesellschaftliche Beteiligung finden sich vergeblich.

Um möglichen Umstrukturierungen des chilenischen Wirtschaftsmodells im Rahmen der neuen Verfassungsgebung zuvorzukommen und den Prozess durch Veränderungen der gesetzgeberischen Grundlagen nicht zusätzlich zu verkomplizieren, soll laut Leon de la Torre, dem Botschafter der EU in Chile, der Modernisierungsprozess des Abkommens nun beschleunigt und der neue Vertrag noch vor Verabschiedung der neuen Verfassung ratifiziert werden.³ Unter diesen Umständen könnten sich jedoch aktuelle wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen, die einen großen Teil der chilenischen Bevölkerung diskriminieren und die massiv kritisiert werden, zusätzlich verfestigen.

Verstrickungen europäischer Unternehmen

Die EU schlägt in der Erneuerung des Abkommens ein Investitionsgerichtssystem vor, das ausländische Investitionen schützen und Investoren Klagerechte einräumen soll. Internationale Schiedsgerichte stehen weltweit in der Kritik, da sie Unternehmen große Spielräume gewähren und eine Gefahr für staatliche Reformen darstellen können. Falls durch Maßnahmen der neuen Verfassung in Chile die Interessen europäischer Geldgeber betroffen wären, könnte als Folge der chilenische Staat auf Schadenersatz verklagt werden. Allein die Androhung von Klagen kann große politische Wirkkraft haben, wie in anderen Ländern durch Klagen multinationaler Konzerne schon deutlich wurde, und könnte den Prozess der Verfassungsgebung entscheidend beeinflussen.

In einem vom Regionalbüro der Heinrich-Böll-Stiftung Cono Sur unterstützten Bericht zu Möglichkeiten und Gefahren der Modernisierung des Abkommens wird deutlich, in wie vielen sozialpolitisch relevanten wirtschaftlichen Bereichen in Chile europäische Unternehmen involviert sind. Italienische, spanische und deutsche Unternehmen beteiligen sich am privaten Rentensystem, besitzen Wasseranteile, kontrollieren große Teile der Energieversorgung und investieren ins Telekommunikationssystem.⁴

Schon jetzt steht der Artikel 135, der Freihandelsverträge auch bei einer Verfassungsreform schützt, heftig in der Kritik. Zentrale Forderungen der chilenischen Bevölkerung nach der Entprivatisierung des Wassers, des Rentensystems und anderen Bereichen werden vom Investitionsschutz des Abkommens bedroht.

Wo bleibt der Green New Deal?

Auch im Hinblick auf Nachhaltigkeit und Menschenrechte besteht berechtigte Kritik. Das Abkommen legt seinen Fokus auf den Export chilenischer Rohstoffe wie Lithium und Kupfer. Neben dem Bergbau soll der Handel von land-



Die Neuverhandlung des Abkommens muss mindestens bis zur Verabschiedung einer neuen chilenischen Verfassung gestoppt werden.

und forstwirtschaftlichen Produkten erleichtert werden. Alle Sektoren mit einem enormen Wasserverbrauch, dabei leidet Chile schon jetzt unter großem Wasserstress, ist von Dürren betroffen und kann in manchen Regionen nicht einmal die Grundversorgung der eigenen Bevölkerung gewährleisten.

Aus der EU werden vor allem Autos, Flugzeuge und andere Maschinen nach Chile exportiert. Auch Pestizide, die in der EU verboten sind, werden für den landwirtschaftlichen Gebrauch nach Chile geliefert und schaden dort nicht nur der Bevölkerung und Umwelt, sondern landen am Ende auch wieder auf europäischen Tellern. Verbindliche Umweltschutzbestimmungen sind nicht vorgesehen: Die Nachhaltigkeitskapitel beinhalten bisher keine Sanktionsmechanismen im Falle eines Vergehens gegen die empfohlenen Umweltbestimmungen.

Und während chilenische und europäische RegierungsvertreterInnen im Oktober 2019 in Santiago hinter verschlossenen Türen über die Modernisierung des Abkommens verhandelten, begingen die chilenische Polizei und das Militär auf der Straße Menschenrechtsverletzungen.⁵

Neben der Gewalt im Rahmen der anhaltenden Proteste steht die chilenische Regierung auch in ihrem Umgang mit der indigenen Bevölkerung, primär den Mapuche in der Kritik. Die Holzwirtschaft im Süden des Landes ist schon jetzt zentraler Streitpunkt anhaltender Auseinandersetzungen. Landnutzungskonflikte und der erschwerte Zugang zu Wasser verschärfen die Situation. Verpflichtende Klauseln zum Umgang mit Menschenrechtsverletzungen sind im bisherigen Vertragstext ebenfalls nicht vorhanden.

Der Modernisierungsprozess des EU-Chile-Assoziationsabkommens steht in direktem Konflikt mit der Verfassungsgebung und untergräbt die demokratischen Ansprüche der chilenischen Bevölkerung sowie den Versuch, eine gerechtere Gesellschaft zu gestalten. Aus diesem Grund muss, allein schon im Sinne der demokratischen Grundwerte der Europäischen Union, jedoch auch im Hinblick auf die Verschärfung der Klimakrise, die Neuverhandlung des Abkommens mindestens bis zur Verabschiedung einer neuen chilenischen Verfassung gestoppt werden. Im weiteren Prozess sind Nachbesserungen im Bereich der Menschenrechte, des Umweltschutzes und der demokratischen

Prinzipien unabdingbar. Freihandelsabkommen, die sich auf extraktive Industrien und umweltschädliche Wirtschaftszweige konzentrieren und koloniale Machtstrukturen manifestieren, können kein Weg in eine nachhaltig bessere Zukunft sein. Eine öffentliche Debatte – auch in Deutschland und Europa – ist mehr als überfällig.



Veronica Rossa

Die Autorin studierte Interkulturelle Europa- und Amerikastudien und Politikwissenschaft in Deutschland und Lateinamerika und arbeitete im Forum Umwelt und Entwicklung.

1 <https://media.elmostrador.cl/2017/06/libro-desiguales-del-PNUD.pdf>, S.345ff.

2 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=LEGISSUM%3Ar14015>

3 Centro de Estudios Internacionales UC (25.09.2020). Conservatorio: Chile-UE post pandemia <https://www.youtube.com/watch?v=l0cvRAUKaK4>

4 <https://cl.boell.org/es/2021/03/18/la-modernizacion-del-acuerdo-de-asociacion-entre-chile-y-la-union-europea>, vgl. u. a. S.22.

5 <https://www.amnesty.org/download/Documents/AMR2231332020ENGLISH.PDF>

RUNDBRIEF

Forum Umwelt und Entwicklung 2/2021



REICHT'S FÜR ALLE? WELTERNÄHRUNG AN DEN GRENZEN DES WACHSTUMS

**DIE TRANSFORMATION
DER ERNÄHRUNGSSYSTEME**
Richtungs- & Machtfragen
der Welternährungspolitik

› Seite 7

**ERNÄHRUNGSSYSTEME
ALS ANLAGEOBJEKT**
Folgen der Finanzialisierung
von Ernährung &
Landwirtschaft

› Seite 14

WATER FUTURES
Eine gefährliche Form
der Kommerzialisierung
von Wasser

› Seite 17

**MANCHMAL IST
WENIGER MEHR**
Abschied von Weltmärkten
durch global-solidarische
Regionalisierung

› Seite 32

ISSN 1864-0982